

54, Vincent Square, London S.W.1.
27. Mai 1920

Herrn Dr. C. R. Paravicini,
Minister der schweiz. Eidgenossenschaft,
London.

Hochgeehrter Herr Minister!

In Beilage gestatten ich mir, Ihnen ein kurioses Schriftstück zu übergeben, dessen weitere Verwendung ich Ihrem Ermessen anheimstellen muss. Wie Sie wissen, begab ich mich vor etwas mehr als vierzehn Tagen als Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" nach Irland, um dort Material für einige Aufsätze über die irische Frage zu beschaffen. Dabei kam ich selbstverständlich auch mit den Führern der Sinnfein-Bewegung in Berührung. Einer dieser Herren, einer der besten Köpfe Sinn Feins, obwol er dem "Kabinett" nicht angehört, brachte bei einem Gespräch die Rede darauf, ob die Schweiz nicht ein Konsulat in Irland errichten wolle. Er meinte, es wäre gut, wenn ich in meinem Blatte dafür Stimmung machen würde, was ich aber aus naheliegenden Gründen ablehnte. Sodann fragte er mich, ob ich nicht der schweizer Regierung einen solchen Vorschlag machen könnte. Ich erklärte ihm, dass ich eventuell in der Lage sein würde, Ihnen als unserem Gesandten in London die Gründe auseinanderzusetzen, die nach der Meinung der Iren für/ deren Vorschlag sprechen. Er übergab mir einige Tage darauf die beiliegende Denkschrift -eine deutsche Uebersetzung füge ich der Einfachheit halber bei-, die so abgefasst ist, dass man offenbar damit gerechnet hat, dass ich ihren Inhalt nicht als Material verwenden, sondern das Dokument selber Ihnen übergeben würde. Es ist von Dr. A. Griffith, dem in Abwesenheit des "Präsidenten der Republik", Herrn de Valera, die Präsidentschaft Sinn Feins ausübenden Herrn unterzeichnet.

Vor meiner Abreise stellte ich Ihnen in Aussicht, dass ich Ihnen einige vertrauliche Mitteilungen über die Lage in Irland machen würde. Gestatten Sie mir daher, der Denkschrift



einige Bemerkungen anzufügen. Den grössten Teil dessen, was ich gesehen und gehört habe, werde ich in meinen Berichten für die "N.Z.Z." verwenden können, die ich in den nächsten Tagen auszuarbeiten denke. Es giebt aber Dinge, die sich für eine so breite Oeffentlichkeit nicht eignen, weil sie entweder nicht genügendes Interesse finden würden oder weil die Mitteilungen, auf denen meine Kenntnis oder mein Eindruck beruht, ihrer Natur nach konfidentiell waren. Ich hatte Gelegenheit, mit vier Mitgliedern des Sinn Fein-Kabinetts zusammenzutreffen, von denen drei "on the run" sind, d.h. dass sie sich wegen der Möglichkeit einer Verhaftung stets verborgen halten müssen. Es ist natürlich nicht leicht, diese Herren und andere Sinnfeiner, die unter ähnlichen Bedingungen leben, zu finden und man verliert mit den dabei nötigen "konspirativen" Verabredungen viel Zeit.

Das Sinn Fein-Kabinetts ist bei der heutigen Lage halb ein Verschwörerklub und halb eine wirkliche Regierung. Als solche wird es vom grössten Teil der irischen Gemeindeverwaltungen anerkannt und die bevorstehenden Grafschaftsratswahlen werden wohl auch die Selbstverwaltungsorgane der Provinzen unter seine Kontrolle bringen. Einige Monate lang hat es in einigen westlichen Grafschaften Irlands (Clare, Galway, Roscommon, Mayo) tatsächlich die Herrschaft ausgeübt, da die englische Regierung dort alle Exekutivorgane zurückgezogen hatte und sich darauf beschränkte, den Schullehrern und Postbeamten ihre Gehälter zuzusenden. General Macready, der neue Militärkommandant, schickt sich aber an, diese Gebiete "wiederzuerobern", sodass der kuriose Zustand bald ein Ende finden dürfte.

Die Politik Sinn Feins geht darauf hinaus, einen offenen Aufstand unter allen Umständen zu vermeiden, aber durch Sabotage die Tätigkeit der englischen Regierung nach und nach unmöglich zu machen und einen Zustand herbeizuführen, der einen "internationalen Skandal" bedeuten würde. Man rechnet dann damit, den Fall irgendwie - wie, ist mir nicht klar geworden - vor den Völkerbund zu bringen; eine Andeutung darüber findet sich auch in der beiliegenden Denkschrift. Andererseits rechnet man sehr

3
 mit dem Einfluss, den die 20 Millionen irischer Amerikaner auf die nordamerikanische Politik ausüben können; dieser Einfluss wird bei den nächsten Wahlen zur Präsidentschaft seinen Höhepunkt erreichen. Man hofft, einen der beiden "grossen" Kandidaten zur Uebernahme einer Verpflichtung zur Anerkennung der irischen Republik bewegen zu können und würde dann die Wahl dieses Kandidaten mit allen Mitteln fördern. Den Amerikanern ist dabei offenbar ziemlich unheimlich zu mute. Ich hatte Gelegenheit, den amerikanischen Konsul in Dublin, Herrn Dumont, zweimal in längeren Unterhaltungen über seine Eindrücke zu befragen. Herr D., ein ausserordentlich kluger, wenn auch stark von sich selber eingenommener Herr, hat für die Schweiz sehr lebhaftes Sympathieen und sprach mit mir recht offen. Er hasst die Engländer und freut sich über jede Verlegenheit, die ihnen in Irland bereitet wird, gleichzeitig aber sieht er mit lebhafter Sorge, wie die weitere Entwicklung der Dinge die diplomatischen Beziehungen seines Landes gefährden muss - so schlecht er auf die Engländer zu sprechen ist, einen Krieg möchte er natürlich doch nicht. Auch ist ihm keineswegs entgangen, wie sehr heute schon Sinn Fein von bolschewistischen Ideen durchdrungen wird - eine Erscheinung, über die ich in der "N.Z.Z." einiges schreiben werde. Den sehr grossen Einfluss der irischen Amerikaner bestreitet er nicht, so unsympathisch ihm die Erscheinung ist. Er hofft aber, dass kein Präsidentschaftskandidat die erwähnte Verpflichtung übernehmen wird, sodass die Union wenigstens freie Hand in ihrer Politik behalten würde.

Die irische Politik in Amerika wird von Hrn. de Valera, einem 32 jährigen Manne, dessen Vater Spanier und dessen Mutter amerikanische Bürgerin war, vertreten; er ist zwar Präsident der Sinn Fein-Republik, sicherlich aber nicht ihr geistiger Führer. Von zuverlässiger Seite wird er als mir als ein vorzüglicher Redner, aber höchstens mittelmässiger Denker geschildert. Das Gegenteil könnte man von Dr. A. Griffith sagen, der jetzt in Irland selber die Führung hat und bemerkenswerterweise von der englischen Polizei niemals belästigt worden ist, obwol

er sich in Dublin vollständig frei bewegt. Ausser ihm habe ich nur einen Sinn Fein-Führer kennen gelernt, der einen klaren Einblick in die grosspolitischen Verhältnisse hat; dieser Herr (der nämliche, der die Denkschrift Griffiths anregte) hat mich gebeten, seinen Namen unter allen Umständen zu verschweigen, da es anscheinend den Engländern nicht bekannt ist, dass er zu Sinn Fein gehört. Er bekleidet einen höhern Offiziersrang in der britischen Armee und hat während des ganzen Kriegs in Flandern gekämpft. Die übrigen "Minister" Sinn Feins, die ich in Dublin sah, sind Hr. Etchingham, Minister für Fischerei, ein romantischer Revolutionär vom Garibaldi-Typus, Hr. Blythe, Minister für Handel und Industrie, ein kluger und gewandter Herr mit umfassenden technischen Kenntnissen und wahrscheinlich guten administrativen Eigenschaften, endlich die Gräfin Markiewitsch, "Minister für Arbeit", eine fanatische Agitatorin, die/ ebenso gut Majorin der Heilsarmee sein könnte.

Dass die revolutionären Irländer alles tun, was sie können, um die Unruhen in Indien, Aegypten usw. zu fördern, ist mir nicht zweifelhaft, doch liegt die Leitung dieser Dinge wahrscheinlich nicht in Irland selber, sondern in Amerika. Von dort d.h. von den amerikanischen Iren, kommen wohl auch die meisten Finanzmittel Sinn Feins. In Irland selber kann die "Republik" neben dem englischen Steuersystem natürlich keine andern Abgaben erheben, eine freiwillige "Anleihe" brachte, wie ich zufällig erfuhr, bisher 250000 Pfd. ein, was gewiss nicht sehr weit reichen würde.

Sollten Sie irgend welche weiteren Auskünfte wünschen, so stehe ich natürlich jederzeit zu Ihrer Verfügung.

Ich bin, Herr Minister, in ausgezeichnetester Hochachtung

Ihr Ihren aufrichtig ergebenen

H. Walter Weibel

Vertraulich.

Vorschlag zur Errichtung eines schweizerischen Konsulats in
Dublin.

Die Regierung der Irischen Republik regt an, dass es für die Schweiz und für Irland von grossem gegenseitigem Vorteil wäre, wenn die schweizerische Regierung in Dublin ein Konsulat errichten wollte. Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten haben Konsulate in Irland und das Hinzukommen eines schweizerischen Konsulats würde von den Bürgern Dublins und dem ganzen Irischen Volke willkommen geheissen.

Die direkten Handelsinteressen der Schweiz in Irland mögen gegenwärtig gering sein, aber unzweifelhaft würde der Handel zwischen den beiden Ländern durch eine offizielle schweizerische Agentur zur Sammlung von Informationen und zur Förderung des Verkehrs angeregt werden.

Schweizerbürger, die in Irland wohnen oder reisen, würden ebenso aus einem Konsulate Vorteile ziehen.

Es fällt auch in Betracht, dass der vorgeschlagene Schritt durch gewichtige politische Erwägungen gerechtfertigt werden kann. Durch ein Konsulat wäre die schweizer Regierung in der Lage, den jetzt in eine sehr kritische Phase eingetretenen Kampf zwischen dem Irischen Volk und der Britischen Regierung zu beobachten und sich ein unabhängiges Urteil darüber zu bilden.

Bei seinen Bestrebungen um die Gewinnung der Anerkennung nationaler Unabhängigkeit fühlt das Irische Volk, dass es die Sympathieen des Schweizervolkes verdient, dessen eigener Freiheitskampf in der Vergangenheit für alle unterdrückten Völker ein Vorbild war. Seine Vertreter wünschen aber gleichzeitig lebhaft, dass die Schweizer Regierung, mit allen andern europäischen Regierungen, jede Gelegenheit ergreifen sollte, um sich genaue und zuverlässige Nachrichten über die Vorgänge in Irland zu verschaffen, wo die zur Entscheidung gestellte Frage nicht nur ein lokales Interesse bietet, sondern ernste internationale Bedeutung hat.

Eine der ältesten Nationen Europas, ist Irland die letzte,

oder doch fast die letzte, die einer Grossmacht durch Zwang unterworfen bleibt. Sie behauptet ihr Recht auf Unabhängigkeit aus Gründen der Abstammung, der Geschichte und der Demokratie. England verweigert es aus strategischen und militärischen Gründen. Das ist eine Streitfrage, welche die Sicherheit und das Glück aller kleineren Nationen der Welt tief berührt. Es ist die Frage, um deren willen der letzte Krieg ausgebrochen ist und um deren Entscheidung der Krieg anscheinend ausgefochten wurde. Die Feindseligkeiten wurden auf die feierliche Verabredung hin eingestellt, dass die nationale Selbstbestimmung zum Grundprinzip der internationalen Moral gemacht werden sollte, und ein Völkerbund ist gegründet worden, der die Integrität aller seiner Mitgliedstaaten garantiert, der grossen und kleinen, der alten und neuen. Das zur Frage stehende moralische Prinzip aber bleibt ohne feste Regelung. Denn keine Grossmacht hat durch die freiwillige Befreiung einer unterworfenen Rasse bewiesen, dass sie es sich zu eigen macht. Der Friedensvertrag und der Völkerbund registrieren nur "faits accomplis"; die äusseren Ergebnisse eines Kriegs, in dem vier grosse Reiche aufgelöst worden sind. Und dabei verletzen sie sogar in einigen Einzelheiten den Grundsatz der Selbstbestimmung, um strategische Ansprüche zu sanktionieren.

Der Fall Irlands und Englands wirft diese moralische Frage in der klarsten und am besten umschriebenen Form auf. Wenn es in diesem Falle dabei bleiben sollte, dass das strategische Interesse - oder vermeintliche strategische Interesse - eines starken Staats die im übrigen unangezweifelten nationalen Rechte eines schwachen Staates aufhebt und dem Stärkern das Recht verleiht, über den Schwächern zu herrschen, wie England jetzt Irland beherrscht, unter einem System drückender militärischer Repression, die bis zur Aufhebung aller Bürgerrechte geht, dann ist es für alle kleinen Nationen Europas, mit Inbegriff der Schweiz, eine ernste Frage, ob sie mit diesem Beispiel vor Augen tatsächlich irgend eine Garantie gegen künftige Angriffe durch einen mächtigen Nachbar haben und ob der Weltfriede

de in irgend einem Grade sicherer ist als bisher.

Wenn der Völkerbund wirklich eine dauernde Macht werden soll, so muss er zu einer endgültigen Entscheidung dieser grossen Frage internationaler Gerechtigkeit gelangen. Sollte der Fall Irlands vor den Völkerbund kommen, so würde die Gelegenheit zu einer solchen Entscheidung geboten und es ist von der grössten Bedeutung, dass für das Urteil ein vollständiges Material zur Verfügung stehe.

Angesichts all dieser Erwägungen spricht die Irische Republik die Hoffnung aus, dass die Schweizerische Regierung eine Möglichkeit zur Errichtung eines Konsulats in Irland erkennen werde.

(sig) Arthur Griffith,

Ausübender Präsident der Irischen Republik.

20. Mai 1920

(Bemerkung: Die Unterschrift ist zunächst in gälischer Schrift, sodann eingeklammert in lateinischen Lettern.)

Confidential.

Proposal for the establishment of a Swiss Consulate
in Dublin.

The Government of the Irish Republic suggests that it would be of great mutual advantage to Switzerland and to Ireland if the Swiss Government were to establish a Consulate in Dublin.

France Italy and the United States have Consulates in Ireland and the addition of a Swiss Consulate would be welcomed by Dublin citizens and the whole Irish people.

The direct commercial interests of Switzerland in Ireland may at present be small, but commerce between the two countries would undoubtedly be stimulated by an official Swiss agency for collecting information and promoting trade.

Swiss citizens residing or travelling in Ireland would also derive advantage from a Consulate.

It is also felt that the step proposed may be justified by political considerations of a weighty kind. Through a Consulate the Swiss Government would be able to observe and form an independent judgement upon the struggle, now in a very critical phase, between the Irish people and the British Government.

In their effort to win the recognition of their national independence, the Irish people feel that they deserve the sympathy of the Swiss people, whose own struggle for freedom in the past has been an inspiration to all repressed nationalities. But their representatives are anxious at the same time that the Swiss Government, together with all European Governments, should take every opportunity that arises of obtaining accurate and authoritative information about events in Ireland, where the issue at stake is not ^{of} merely local interest but of grave international importance.

One of the most ancient of the nations of Europe, Ireland is the last -or nearly the last- to remain in enforced subjection to a great power. She is asserting her right to independence on racial, historic and democratic grounds. England is refusing it on strategic and military grounds. Here is an

issue which profoundly affects the security and happiness of all the smaller nations of the world. It is the issue out of which the recent war originated and to decide which the war, ostensibly, was fought. Hostilities ceased upon the solemn understanding that national self-determination should be made the basic principle of international morality, and a League of Nations has been formed guaranteeing the integrity of all its member States, great and small, old and new. But the moral principle at stake remains unsettled. For no great power has given proof of accepting it by the voluntary liberation of a subject race. The Treaty and the League do but register faits accomplis; the physical results of a war in which four great Empires have been dissolved. And even in so doing they violate in some particulars the principle of self-determination, in order to sanction strategic claims.

The case of Ireland and England raises the moral issue in its clearest and most definite form. If it be upheld in this case that the strategic interests -or supposed strategic interests- of a strong State annul the otherwise unquestioned national rights of a weak State and entitle the stronger ~~the~~ to rule the weaker, as England is now ruling Ireland, under a system of stringent military repression, extending to the abolition of all civil liberty; then it is a grave question for all the small nations of Europe, Switzerland included, whether, with this example before them they actually possess any guarantee in the future against aggression by a powerful neighbour, and whether the peace of the world is in any degree safer now than heretofore.

If the League of Nations is to be a permanent force for good, it must come to a definite and final decision upon this great issue of international justice. Should the case of Ireland come before the League, the opportunity for a decision would arise, and it is of the highest importance that full material for a judgement should be available.

(3)

In view of all these considerations the Irish Republican
Government expresses the hope that the Swiss Government will
see its way to the establishment of a Consulate in Ireland.

Árzt Ó Néill
(Arthur Griffith)
Acting President of the Irish Republic

May 20 1920